

Resolution

Der Gemeinderat der Stadt Konstanz fordert die Bundestagtagsabgeordneten aus dem Kreis Konstanz auf, gegen das Gesetz zur Privatisierung der Deutschen Bahn AG zu stimmen.

Mit Sorge erfüllen uns Meldungen einer weiteren Ausdünnung des Fernverkehrs. Konstanz hatte noch vor 8 Jahren mit dem Interregio komfortable Direktverbindungen nach Norddeutschland und sogar Berlin im Zwei-Stunden-Rhythmus. Als kurzfristige Folge einer Teilprivatisierung wäre mit einem Wegfall auch der letzten Fernzugverbindungen an den Bodensee zu rechnen, was insbesondere für den Tourismus sowie ältere Bürger einen weiteren schwerer Schlag bedeuten würde.

Eine renditeorientierte Bahn, die ihre Gewinne hauptsächlich aus dem Fernverkehr zieht, hat kein elementares Interesse an Pflege und Erhalt von Strecken und Bahnhöfen, die zum Gewinn der Bahn wenig beitragen können. Das leidige Warten auf die längst fällige Modernisierung des Konstanzer Hauptbahnhofs bezeugt dieses in eindrucklicher Weise.

Angesichts von drohender Klimakatastrophe, absehbarer Energieverknappung und -Verteuerung ist eine ökologische und energieverbrauchs-optimierte Bahn unerlässlich. Dies betrifft gerade auch die Bahn in der Fläche.

Ein Vermögen, das nach Angaben des Bundesverkehrsministerium 2004 einen Wert von 181 Milliarden Euro hatte, für nur etwa 13 Milliarden Euro verkaufen, widerspräche eklatant der Sorgfaltspflicht beim Umgang mit öffentlichen Eigentum und droht somit den Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Politik weiter zu verschärfen.

Während gut zu wirtschaften für ein öffentliches Bahnunternehmen schlicht Kostendeckung bedeuten kann, muss eine Aktiengesellschaft Gewinne ausweisen und daher kostendeckende Dienstleistungen – wie es bis 2001 der komfortable und beliebte Interregio war – einstellen. Optimaler Bahnverkehr für die Menschen gerade auch abseits der Ballungszentren ist daher nicht mit den Zielen einer profitorientierten Bahn vereinbar.

Die Verlagerung des Interessenschwerpunkts der DB AG raus aus der Fläche (2/3 aller Güteranschlussgleise sind seit der Bahnreform stillgelegt worden) und hinein in den Welttransportmarkt widerspricht dem Interesse einer Bahn für alle Bürger. Als Konstanzer haben wir täglich den Vergleich mit den öffentlichen Schweizer Bahnen, die wesentlich zuverlässiger sind, ein sehr übersichtliches Preissystem haben und daher im Durchschnitt doppelt so häufig benutzt werden wie in Deutschland. Mit dem niedrigsten öffentlichen Zuschuss pro gefahrenen Personenkilometer in ganz Europa sind die Schweizer Bahnen weit billiger für den Steuerzahler als die deutsche und auch die privatisierte britische Bahn. Wir fordern den Bundestag auf, endlich die positiven Erfahrungen mit der öffentlichen Schweizer Bahn zur Kenntnis zu nehmen und aus ihnen zu lernen.

Konstanz, 27. September 2007